

**Namensbeitrag von CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe zum Thema:
bundesweite Volksentscheide**

Bereits jetzt nutzen Bürgerinnen und Bürger die vielfältigen Möglichkeiten, sich auf Landes- und Kommunalebene aktiv an politischen Entscheidungen zu beteiligen. In Volksentscheiden und anderen Formen der direkten Demokratie stimmen sie direkt über Fragen der örtlichen Gemeinschaft, die ihr Alltagsleben unmittelbar betreffen, ab. Eine Entwicklung, die wir als CDU ausdrücklich begrüßen. Aber wir sagen auch: Was auf kommunaler Ebene richtig ist, funktioniert noch lange nicht im Bund!

Es ist eben ein Unterschied, ob über die Einrichtung einer Fußgängerzone im eigenen Bezirk oder über Fragen der Gesundheits- oder Rentenpolitik abgestimmt wird. In einer zunehmend komplexen Welt lassen sich die überaus vielschichtigen Probleme und Herausforderungen, vor denen wir als Land stehen, naturgemäß nicht mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Um dieser Komplexität gerecht zu werden, hat der Deutsche Bundestag ein zugegebenermaßen langwieriges, aber eben überaus gründliches Verfahren entwickelt – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Mit drei Lesungen und diversen Ausschussberatungen, Sachverständigenanhörungen und Berichterstattegesprächen stellen die vom deutschen Volk gewählten Abgeordneten sicher, dass es zu einer ausgewogenen und fairen Gesetzesfindung kommt. Sie stellen sicher, dass Spielräume für die stets notwendigen Änderungen und Kompromisse gefunden und genutzt werden. Und sie stellen sicher, dass die Gesellschaft nicht gespalten wird oder politische Entscheidungen für populistische Kampagnen missbraucht werden. Diese aufwendige, gründliche Entscheidungsfindung auf Bundesebene kann nicht durch ein simples Kreuz bei „Ja“ oder „Nein“ ersetzt werden. Das würde den Herausforderungen unserer Gesellschaft und den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger schlichtweg nicht gerecht werden.

Deshalb sagt die CDU: Fragen zur politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes müssen gemeinsam von den Politikern im Bundestag – unter Berücksichtigung der Anliegen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger – gelöst werden. Hierfür ist unser Parlament der richtige Ort. Die repräsentative Demokratie hat sich bewährt und ganz wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beigetragen. Es gibt keinen Anlass, Bewährtes auf Bundesebene zu ändern.

Hermann Gröhe ist Generalsekretär der CDU Deutschlands

Kontakt: hermann.groehe@bundestag.de